Verhandlungen für "Wirtschafts-1000er"

FPÖ-Forderung | Freiheitliche wollen mit Rückerstattung von Abgaben Anreiz für Betriebsansiedelungen schaffen. ÖVP ist nicht abgeneigt.

Von Christoph Reiterer

HOLLABRUNN | Die FPÖ will zur Belebung des Hollabrunner Zentrums und der Fußgängerzone nun das Heft in die Hand nehmen und hat Eckpunkte zu einem Antrag ausformuliert, "um endlich einen neuen Anreiz für Unternehmensansiedelungen zu schaffen", wie es Gemeinderat Christian Lausch formuliert. Denn die Abwanderung nehme dramatische Formen an.

"Ich hoffe, dass wir vor allem die Fußgängerzone und das Stadtzentrum neu beleben können und dass auch die ÖVP bemerkt, dass in Hollabrunn nun ein dringendes Handeln gefordert ist, um das Problem zu lösen", so Lausch. Seine Forderung: die Schaffung eines "Hol-Wirtschaftstausenlabrunner ders".

Die Stadtgemeinde soll im Rahmen dieses "Tausenders" 80 Prozent der im Voriahr von den Unternehmern geleisteten Abgaben rückerstatten, wenn die Firmen bestimmte Vorgaben erfüllen. Dadurch solle - in den ersten fünf Jahren - die Betriebsgründung in der Stadt erleichtert werden. Mit 1.1.2013, so der Wunsch der Freiheitlichen, soll diese Wirtschaftsförderungsaktion starten. Der maximale jährliche Betrag, den die Gemeinde



Tausender zurück für Unternehmer? Die ÖVP kann sich vorstellen, die FPÖ-Forderung umzusetzen. Es wird gerechnet und verhandelt. Foto: Waldhäusl

an einen Unternehmer rückerstattet, beträgt 1.000 Euro.

Gerade in den ersten fünf Jahren der Unternehmensgründung sei es für viele Wirtschaftstreibende schwierig, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, meint Lausch. Die Unterstützung durch die Gemeinde belaste das Stadtbudget nicht, denn: "Die Förderung ist lediglich eine Rückvergütung von einem Teil der Gemeindeabgaben, die es ohne neue Betriebsansiedelung gar nicht geben würde."

Am Montag gab es ein "Gipfeltreffen" zwischen ÖVP und FPÖ. "Die Verhandlungen laufen gut, der Fahrplan der Förderaktion soll problemlos eingehalten werden", ist der Freiheitliche zufrieden.

"Die Idee gefällt mir als Wirtschaftsvertreter natürlich", be-ÖVP-Vizebürgermeister stätigt Wirtschaftskammerobund mann Alfred Babinsky. In den nächsten beiden Monaten soll es genaue Berechnungen und Erhebungen geben. "Wir werden uns bemühen, in der Dezembersitzung einen gemeinsamen Antrag zusammenzubringen", so Babinsky.

Lausch spricht schon jetzt von einem großen "Gewinn für die Hollabrunner Wirtschaft". Weitere Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ sollen im Oktober und November stattfinden.

FPÖ-Ärger: Jugendantrag erst Punkt 16

Polit-Gefecht | Wolfgang Scharinger ortet Geringschätzung des Stadtchefs.



Hätten die Diskussion gerne zu früherer Stunde geführt: Wolfgang Scharinger, FPÖ.

HOLLABRUNN | Mehr als 1.000 Unterschriften hat die FPÖ Hollabrunn für "Mehr Freizeitangebot für unsere Jugend" gesammelt. Die Unterschriften finden nun am Dienstag, 25. September, als Initiativantrag Einzug in den Gemeinderat. Trotzdem ist FPÖ-Stadtrat Wolfgang Scharinger unzufrieden. Denn die Angelegenheit wird erst als Tagesordnungspunkt 16 behandelt das ist der letzte Punkt des öffentlichen Teils der Gemeinde-

"Das ist traurig. Große Wertschätzung hat der Bürgermeister scheinbar nicht für die 1.000 Unterschriften", ärgert sich Scharinger. Die Bitte, den Initiativantrag vorzuziehen, verhallte. "Da sieht man wieder den Stellenwert der Jugend. Das ist ja kein Antrag der Freiheitlichen, sondern ein Antrag der Bürger. Damit ginge ich nicht so um", so der Freiheitliche. ÖVP-Bürgermeister Erwin Bernreiter findet Scharingers Kritik unangebracht. Die Tagesordnung werde immer nach demselben Schema erstellt. "Aber man kann alles schlechtreden."

